

Das Französisch-Fiasko an Schweizer Schulen

Eine neue Studie liefert ernüchternde Resultate – bei den Fremdsprachen noch mehr als beim Deutsch

SEBASTIAN BRIELLMANN

Was muss ein Schüler können, wenn er elf Jahre in einer Schweizer Schule gewesen ist? Die technokratische Antwort lautet: Er muss in den besuchten Fächern sogenannte Grundkompetenzen erreichen. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat diese Grundkompetenzen nun erstmals in dieser Form in allen Kantonen (ausser Zug) untersucht und am Donnerstag vorgestellt. Konkret: In der Schulsprache ging es ums Lesen und um die Rechtschreibung, bei den Fremdsprachen um Hör- und Leseverständnis.

Von einer Überprüfung des Schreibens, traditionell keine Kernkompe-

Weg mit Frühfranzösisch

Kommentar auf Seite 20

tenz vieler Schüler, wurde abgesehen. Vielleicht weil man gehaut hatte, dass die Ergebnisse auch ohnehin schon genügend ernüchternd ausfallen würden. Die Vertreter der Bildungsdirektoren, Präsident Christophe Darbellay (VS) und sein Vize Armin Hartmann (LU), gaben sich vor den Medien einige Mühe, die Resultate positiv zu deuten. In der Schulsprache seien die Resultate durchaus ansprechend. Doch auch sie kamen nicht um das Fazit herum, dass gerade in Französisch (und in Deutsch in der Westschweiz) viele Schüler ungenügend sind, nicht einmal banale Grundkompetenzen erreichen.

Bei genauerem Hinsehen trifft die Analyse aber auch bei der Schulsprache nicht zu. Die durchschnittlichen Werte beim Lesen und bei der Orthografie von jeweils über 80 Prozent mögen zwar hoch wirken. Für einen Deutschschweizer Schüler bedeutet dies beispielsweise aber nur, dass er in einem Text die Intention des Autors erkennen und eine Schlussfolgerung aus den Informationen ziehen kann. Greift er selbst zum Stift, sollten orthografische Regeln «so weit angewendet» werden, dass «in einem



Einen Satz auf Französisch nach der 11. Klasse verstehen? Für die Hälfte der Schüler ist das unmöglich.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Text die vorhandenen Fehler ein flüssiges Lesen nicht behindern». Muss sich der Schüler in einer Fremdsprache verständigen, etwa auf Französisch, sollte er sich vorstellen, etwas bestellen oder nach dem Weg fragen können.

Das Ende des Frühfranzösisch?

Ist es da ausreichend, wenn nur acht von zehn Schülern nach dem elften Jahr in Deutsch diese Grundkompetenzen erreichen? Und geht man tiefer in die Statistik, zeigt sich gar ein noch düsteres Bild. Bei Schülern in den untersten Leistungszügen liegt die Grundkompetenz im Lesen deutlich tiefer: in Zürich bei 49 Prozent, im Aargau

bei 48 Prozent, in Basel-Stadt bei gerade noch 40 Prozent. Auch die besten Deutschschweizer Kantone kommen kaum über 60 Prozent. Die Grundkompetenzen liegen selbst bei Absolventen von höheren Schulen, etwa Gymnasialisten, teilweise nur knapp über 90 Prozent. Wieso schafft es jemand ans Gymnasium, wenn er nach der elften Klasse einen einfachen Text kaum versteht?

Nicht zufriedenstellend sind auch die Resultate in den Fremdsprachen. Mag es in Englisch noch knapp gehen, sieht es bei den Landessprachen anders aus – aus Deutschschweizer Sicht also beim Französisch. Die ermittelten Werte der EDK-Untersuchung sind verheerend. Im Lesen erreicht nur die Hälfte die

Grundkompetenzen, im Hören sind es knapp 60 Prozent.

Besonders bedenklich wird es wiederum bei den schwachen Schülern: Im Kanton Aargau erreichen etwa nur 7 Prozent der Realschüler die Grundkompetenzen im Leseverstehen. Auch in höheren Stufen – wie in der Bezirksschule – sind es nur 80 Prozent. Reicht das für eine Maturität? Der Kanton schreibt in einer Medienmitteilung: «In Anbetracht von über 500 Lektionen Französisch pro Schülerin und Schüler sind diese Ergebnisse ernüchternd.»

Das sind Resultate, die die Diskussionen über einen sinnhaften Unterricht weiter befeuern dürften. Gerade das Frühfranzösisch dürfte noch stärker

unter Druck kommen als ohnehin schon. In Appenzell Ausserrhodens ist der Ausstieg beschlossene Sache. Weitere Kantone könnten folgen. Thurgau, Schwyz, Bern, Aargau, Luzern, St. Gallen denken über ein Ende nach.

Dass früher Französischunterricht die Kompetenzen nicht verbessert, ja sogar überfordern kann, zeigt auch die EDK-Untersuchung. So schneiden Schüler mit Migrationshintergrund klar schlechter ab als solche ohne. Aus den Kantonen ist nun zu vernehmen: Fremdsprachige Kinder müssten zuerst richtig Deutsch lernen, bevor man sich um Frühfranzösisch (oder -englisch) kümmern sollte.

Ein gesellschaftliches Problem

Die Resultate reihen sich ein in eine bedenkliche Entwicklung. Es gibt kaum eine Untersuchung, die nicht zeigte, dass die Leistungen der Schüler schlechter werden. Darbellay sagte vor den Medien zwar, dass man die neuesten Erkenntnisse nicht mit früheren Studien der EDK oder der Pisa-Studie vergleichen dürfe (da die Anforderungen bei dieser anders, ja sogar höher gewesen seien): Der Negativtrend ist jedoch insgesamt nicht zu leugnen. Der Bildungsforscher Stefan Wolter weist schon lange darauf hin, dass wir in der Schweiz immer schlechter würden.

Die schwachen Leistungen ziehen sich quer durch die Gesellschaft. In der letzten Pisa-Studie, vor gut einem Jahr veröffentlicht, ist bekanntgeworden, dass es in der Schweiz immer mehr schlechte Schüler gibt. Jeder vierte gilt als «leistungsschwach», wie man das ziemlich freundlich in der Bildungssprache nennt. Und im Dezember hat die OECD, erfasst in einer Studie, die als «Pisa für Erwachsene» bekannt ist, aufgezeigt: Jeder Zehnte zwischen 16 und 65 in der Schweiz versteht eine simple Aufforderung – «Bitte bringen Sie Ihr Kind um 10 Uhr in den Kindergarten» – nicht. Weitere 20 Prozent sind dazu zwar in der Lage, verstehen aber nicht mehr als simple Botschaften, etwa auf einer Liste.

Was muss ein Schüler können, wenn er elf Jahre in einer Schweizer Schule gewesen ist? Offensichtlich nicht mehr viel.

Neuer Hirte, alte Lasten

Beat Grögli übernimmt in St. Gallen ein Bistum, das mit Missbrauchsfällen und innerkirchlichen Reformfragen ringt

ANDRI ROSTETTER

Der zwölfte Bischof von St. Gallen heisst Beat Grögli. Das Domkapitel, das dreizehnköpfige Wahlgremium des Bistums, hat Grögli am Dienstagmittag nach nicht einmal einstündiger Beratung gewählt. Am Donnerstag gab das Bistum den Namen des neuen Bischofs bekannt, nachdem Papst Leo XIV. die Wahl bestätigt hatte.

Grögli gehörte zum engeren Favoritenkreis für die Nachfolge von Markus Büchel. Er ist in Wil aufgewachsen und studierte Theologie in Freiburg, Wien und Innsbruck, später Psychologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. 1998 wurde er in der Diözese St. Gallen zum Priester geweiht, seit 2013 ist er Dompfarrer und Mitglied der Bistumsleitung.

Mit Jahrgang 1970 ist Grögli derzeit der jüngste Bischof der Schweiz. Kirchenpolitisch ist er noch ein weitgehend unbeschriebenes Blatt, zu aktuellen Themen hat er sich bisher kaum öffentlich geäußert. Kenner des Bistums rechnen ihn dem gemässigten Lager zu, halten es aber auch für möglich, dass er den progressiven Kurs seines Vorgängers fortführen wird.

Als Dompfarrer hat Grögli gezeigt, dass er auch Akzente setzen kann. 2021 verschob er das mittägliche Glockengeläut des St. Galler Doms von 11 auf 12 Uhr und brach damit mit einer seit dem Mittelalter bestehenden Tradition. Grögli fand, das sogenannte Betzeit-

geläut eine Stunde vor dem Mittag sei nicht mehr zeitgemäss.

Im Widerspruch zum Vatikan

Interessant wird aber sein, wie sich Grögli in den aktuellen Fragen der katholischen Kirche positioniert – etwa dem Frauenpriestertum, dem Umgang mit der Homosexualität oder dem Zölibat. Der abtretende Bischof Markus Büchel hat in seiner fast zwanzig Jahre dauernden Amtszeit immer wieder mit Positionen Aufsehen erregt, die zum Teil im Widerspruch zum offiziellen Dogma des Vatikans standen.

2015 sagte er, die katholische Kirche müsse sich der historischen Last im Umgang mit der Homosexualität stellen. «Unser heutiges Wissen um die Homosexualität als Anlage und nicht frei gewählte sexuelle Orientierung war zur Zeit der Bibel gar nicht bekannt.» Auch der Priesterweihe für Frauen stand er offen gegenüber.

Jüngst stand er jedoch wegen seines Umgangs mit Missbrauchsfällen im Bistum in der Kritik. Büchel und seine Vorgänger sollen im Fall eines übergriffigen Priesters Sanktions- und Schutzmassnahmen unterlassen haben, obwohl sie von den Verfehlungen wussten. Büchel gab zunächst an, den betreffenden Priester nicht gekannt zu haben. Später revidierte er seine Aussage. «Ich habe einen grossen Fehler gemacht, und das tut mir leid», sagte Büchel an einer Medienkonferenz im September 2023.

Das Bistum galt als pionierhaft im Umgang mit sexuellem Missbrauch. 2002 richtete St. Gallen, damals noch unter Bischof Ivo Fürer, als erstes Schweizer Bistum eine Meldestelle für Missbrauchsbetroffene ein. In jüngerer Zeit wurde aber klar, dass insbesondere die Bischöfe nur widerwillig zur Aufklärung von Missbrauchsfällen beigetragen haben.

Nach Fürers Tod im Jahr 2022 wurde bekannt, dass dieser von der Meldestelle mehrfach aufgefordert worden war, einen Priester aus dem Amt zu entfernen, der



Beat Grögli
Bischof
von St. Gallen

wegen sexueller Übergriffe beschuldigt wurde. Fürer soll der Forderung nicht nachgekommen sein. Erst Büchel hat den Beschuldigten in ein Kloster versetzt.

Fürer war es auch, der sich gegen ein zentrales Missbrauchsregister in Rom wehrte. Eingbracht hatte die Forderung der damalige Einsiedler Abt Martin Werlen. Er begründete dies damit, dass Versetzungen von Priestern «nicht nur innerhalb eines Landes geschehen».

Grögli wird sich spätestens in zwei Jahren vertieft mit dem Thema befas-

sen müssen: 2027 wird das Ergebnis der Studie der Universität Zürich zum sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche erwartet. Bereits die im Herbst 2023 veröffentlichte Pilotstudie hatte die Schweizer Kirche durchgeschüttelt.

Umfrage unter den Gläubigen

Gröglis Wahl ist das Resultat des weltweit einzigartigen Wahlprozederes des seit 1847 bestehenden Bistums. Der St. Galler Bischof wird nicht vom Papst eingesetzt, sondern vom dreizehnköpfigen Domkapitel gewählt. Aussergewöhnlich ist auch, dass die einfachen Gläubigen mitreden dürfen. Bei einer Umfrage können sie angeben, welche Eigenschaften ein Kandidat mitbringen muss, um «die Menschen im Bistum St. Gallen zu erreichen und den Herausforderungen in der heutigen Kirche und Welt möglichst gut gewachsen zu sein».

Anschliessend erstellt das Domkapitel eine Sechserliste mit Kandidaten. Nach der Prüfung der Liste durch den Vatikan hat das katholische Kollegium, das Parlament der Katholikinnen und Katholiken im Kanton, das Recht, drei «minder genehme» Kandidaten von der Liste zu streichen. Dass Grögli eine gewisse Volksnähe nachgesagt wird, dürfte zumindest kein Nachteil gewesen sein.

Ursprünglich war die Wahl des neuen St. Galler Bischofs für Ende April geplant gewesen. Wegen des Todes von Papst Franziskus musste die Wahl verschoben werden.

ANZEIGE

«Unabhängig entscheiden zu können. Das ist für mich finanzielle Selbstbestimmung.»

